

Berlin, den 20. Juni 2013



Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Peter H. Coenen

Dr.-Ing. Walter Fleischer

Hermann Grewer

Stefan Kölbl

Peter Markus Löw

Matthias Wissmann

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

AGES Maut System GmbH & Co. KG

ARBIT – Arbeitsgemeinschaft der
Bitumenindustrie e.V.

Autobahn Tank & Rast GmbH

Berufsgenossenschaft der
Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine
und Erden e.V.

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr,
Logistik und Entsorgung e.V.

Bundesverband Mittelständischer
Bauunternehmer e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

Domier Consulting GmbH

Eurovia Infra GmbH

Fachverband Bitumenemulsionen und
Straßenerhaltungsbauweisen e.V.

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

Kapsch Telematik Services GmbH

KEMNA BAU

Andreae GmbH & Co. KG

Road Account

STRABAG AG

Tensar International GmbH

Toll Collect GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband Beratender Ingenieure e.V.

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen
Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verein Deutscher
Zementwerke e.V.

Zentralverband Deutsches
Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches
Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Bund und Länder einigen sich auf Förderung kommunaler Verkehrswege

Entflechtungsmittel bis 2019 auf bisherigem Niveau

Die Entflechtungsmittel werden vom Bund von 2014 bis 2019 auf bisherigem Niveau zur Verfügung gestellt. Darauf haben sich Bundesfinanzminister Schäuble und die Ministerpräsidenten der Länder gestern im Zuge der Verhandlungen um die Hochwasserhilfen geeinigt. Der kommunale Verkehr ist der größte Investitionsbereich des Entflechtungsgesetzes. Die Bundesländer erhalten bis zum Auslaufen des Entflechtungsgesetzes in 2019 jährlich 1,33 Milliarden Euro. Rund je die Hälfte werden für große Straßenbauvorhaben und ÖPNV-Projekte eingesetzt. Einschließlich der Eigenanteile der Kommunen geht es um ein Investitionsvolumen von zwei Milliarden Euro jährlich.

„Es ist erfreulich, dass die seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen nun doch noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen werden konnten. Städte und Gemeinden haben jetzt die Möglichkeit, für die kommunale Entwicklung wichtige Verkehrsprojekte anzuschieben.“ Diese Entscheidung bringe für die kommenden sechs Jahre die notwendige Planungssicherheit, ohne die sich kommunale Großvorhaben nicht realisieren lassen, betonte Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität.

Die von den Ländern mit Unterstützung aus der Wirtschaft geforderte Aufstockung der Mittel zum Ausgleich von steigenden Projektkosten habe sich nicht verwirklichen lassen. Umso wichtiger sei es jetzt, dass die Länder die für den Verkehr vorgesehenen Entflechtungsmittel tatsächlich an die Kommunen für diese Zwecke weiterleiten.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.